Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum:	**Mittwoch, den 27.04.2022**
Beginn:	**19:00 Uhr**
Ende	**21:10 Uhr**
Ort, Raum:	**Schelmenbuschhalle Langensteinbach, Am Schelmenbusch, 76307 Karlsbad**

Anwesend:

Vorsitzende/r
Herr Jens Timm

FDP / Liberale Liste Karlsbad
Herr Björn Kornmüller

Freie Wähler
Frau Ortsvorsteherin Heike Christmann
Herr Jürgen Herrmann
Herr Otto Höger
Herr Ortsvorsteher Joachim Karcher
Herr Ortsvorsteher Hans-Gerhard Kleiner
Frau Heidi Ochs
Herr Karl-Heinz Ried
Herr Ortsvorsteher Michael Wenz

CDU
Herr Günter Denninger
Herr Peter Kiesinger
Herr Steffen Langendörfer
Herr Roland Rädle
Herr Norbert Ried

SPD
Herr Reinhard Haas
Herr Michael Nowotny
Frau Cornelia Nürnberg
Herr Klaus Steigerwald
Herr Jens Walch

Bündnis 90/Die Grünen
Frau Heike Günther
Herr Thomas Guthmann
Herr Andreas Hartmann
Frau Sabine Kronenwett
Frau Simone Rausch
Herr Uwe Rohrer
Frau Dr. Susanna Vollmer

Protokollführer
Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung
Herr Benedikt Kleiner
Frau Sarah Esaias
Frau Petra Goldschmidt
Herr Joachim Guthmann
Herr Ronald Knackfuß

Sachverständige

Abwesend:

Freie Wähler
Herr Alexander Bodemer - e -

CDU
Herr Jürgen Dummler - e -
Herr Günter Sing - e -

Tagesordnung:

1	**Bekanntgaben**
2	**Fragen der Gemeinderäte**
3	**Ehrung der Mehrfach-Blutspender/Innen**
4	**Erlass einer Satzung zur Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanverfahrens "Badwiesen" in Karlsbad-Langensteinbach** **Vorlage: 60/1292/2022**
5	**Beratung und Beschlussfassung Maßnahmenprogramm Kinderbetreuung in Karlsbad/ Bedarfsplanung Kindergärten** **Vorlage: 10/1275/2022**
6	**Beratung und Beschlussfassung der Spendeneinnahme im 1. Quartal 2022** **Vorlage: 20/1288/2022**
7	**Verschiedenes**
8	**Genehmigung von Protokollen**
9	**Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 19.04.2022 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 27 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 21.04.2022 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Herrmann Jürgen, Rädle Roland, Haas Reinhard, Rohrer Uwe.

zu 1 Bekanntgaben

Zu Beginn der Sitzung beglückwünscht der Vorsitzende Gemeinderat Peter Kiesinger (CDU) nachträglich zu seinem 80. Geburtstag. Er würdigt dabei unter anderem sein lang anhaltendes kommunales Engagement.

Aus nichtöffentlicher Sitzung gibt es keine Bekanntgaben.

Beim Thema Flüchtlinge aus der Ukraine seien die Abläufe recht reibungslos. Die Menschen seien überwiegend im privaten Wohnungsmarkt untergekommen. Wenn diese Kapazitäten erschöpft sind müssten andere Lösungen gesucht werden. In der Gemeinde wohnten jetzt über 200 Kriegsflüchtlinge. Das sei vorbildhaft im Landkreis. Es gelte jetzt auch Lösungen für die Kinder im Kindergarten- und Schulbereich zu suchen. Positive Rückmeldungen gebe es ferner zur Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

2.1 Anmeldung Kita - Ukrainische Flüchtlinge

GRin Heike Christmann (Freie Wähler) fragt, ob die ukrainischen Kinder in den Kindergärten angemeldet werden sollen. Dies wird bejaht.

2.2 Personal Archiv

GR Hans Kleiner (Freie Wähler) erkundigt sich, ob die Gemeinde im Bereich Archivwesen wieder eine Person einstellen wird. Er sei bei einem Termin mit dem Heimatverein auf das Thema angesprochen worden. Der Vorsitzende sagt, dass die Verwaltung an dem Thema dran sei. Man suche nach Personal, ergänzt Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner. Eine weitere Frage von GR Hans Kleiner zum EDV-Einsatz wird beantwortet.

2.3 Lärmaktionsplan

GR Günter Denninger (CDU) fragt nach dem Sachstand beim Lärmaktionsplan. Joachim Guthmann antwortet, dass coronabedingt bis dato nicht alle Zählungen durchgeführt werden konnten. Derzeit werden die fehlenden Zählungen nachgeholt und die Auswertung und Bearbeitung durch das beauftragte Büro vorgenommen.

2.4 Integrationsarbeit – Ukraine Flüchtlinge

GR Michael Nowotny (SPD) lobt die Gemeinde für die Integrationsarbeit der Ukraine-Flüchtlinge. Man sollte jetzt noch pragmatische Lösungen für die Aufnahme der Kinder in die Kindergärten finden.

zu 3 Ehrung der Mehrfach-Blutspender/Innen

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden DRK-Verantwortlichen sowie fünf Blutspender. In der Gesellschaft sei trotz beklagter fehlender Mitmenschlichkeit eine große Hilfsbereitschaft zu erleben. Die gute Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und auch das Spenden von Blut sei gelebte Solidarität. Blut zu spenden rette Leben und lindere schwere Krankheiten. Der „Lebenssaft“ könne nicht einfach künstlich hergestellt werden. Zudem werde er täglich benötigt.

Die Gemeinde wolle dieses nicht selbstverständliche Engagement anerkennen. Klaus Rupp – Vorsitzender des DRK Spielberg – bedankt sich für das DRK bei den Geehrten. Ein Dankeschön gibt es ferner für die DRK-Verantwortlichen für deren Arbeit. Corona habe das Blutspenden nicht beeinträchtigt. Es gebe seit dieser Zeit unter anderem verbesserte Abläufe bei den Terminen. An die Blutspender appellieren beide, weiter Blut zu spenden. Abgestuft nach der Menge der Blutspenden gibt es jeweils unterschiedliche Urkunden, Spendernadeln und Weinpräsente für die zu Ehrenden.

zu 4 Erlass einer Satzung zur Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanverfahrens "Badwiesen" in Karlsbad-Langensteinbach
Vorlage: 60/1292/2022

Joachim Guthmann erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage. Es gehe jetzt um den formalen Schritt, die Veränderungssperre zu verlängern.
Die fortgeschriebene Planung solle in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am 11.05.2022 sowie im Gemeinderat am 01.06.2022 behandelt werden. Nach den Festsetzungen im Bebauungsplan solle dieser offen gelegt werden. Noch in diesem Jahr sei der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan vorgesehen.
Auf Nachfrage von GR Günter Denninger (CDU) zur Jahresfrist für die Gültigkeit der Satzung erläutert Guthmann, dass die Verwaltung nicht damit rechne, dass die Veränderungssperre rechtlich angegriffen wird.

Antrag an den Gemeinderat:

Die Geltungsdauer der vom Gemeinderat am 15.05.2019 beschlossenen Satzung über eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Badwiesen“ in Karlsbad-Langensteinbach wird gemäß § 17 Abs. 2 BauGB letztmalig um ein weiteres Jahr verlängert und die in der Anlage beigefügte Satzung beschlossen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

zu 5 Beratung und Beschlussfassung Maßnahmenprogramm Kinderbetreuung in Karlsbad/ Bedarfsplanung Kindergärten
Vorlage: 10/1275/2022

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein. Ein Hauptproblem sei, dass aufgrund der Kinderzahlen die Angebote sehr gut in Anspruch genommen würden. Man müsse auch darauf achten, dass die Anzahl der auswärtigen Kinder nicht überhandnehme. Das Thema sei komplex und tiefgreifend. Man versuche, sich beim Angebot und den Gebühren an die Landesempfehlungen zu halten. Die derzeitigen Corona bedingten Mehraufwendungen führten zu erhöhten Betriebskosten und geringeren Einnahmen. Trotzdem werden, auch wenn alles wieder im normalen Kostenrahmen laufe, der Elternanteil weit unter 20 Prozent der Kosten decken, den Restbetrag trage die Allgemeinheit.

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag anhand der Vorlage und einer Powerpointpräsentation. Für den Zeitraum 2020/2021 konnten keine verlässlichen Planungsgrund-

lagen geschaffen werden. Ursächlich hierfür war die Corona Pandemie. Diese verursachte-Schließungen und Betriebseinschränkungen der Einrichtungen im Kindergarten und Schulkindbereich. Es gab veränderte Betreuungsumfänge und größtenteils Notbetreuungen und den sogenannten „eingeschränktem Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen“. Ebenso war die Zuschuss- und Abrechnungssituation unübersichtlich. Weitere Faktoren waren massive Einnahmeausfälle von Beiträgen, Kosten der Betriebsbereitschaft der Einrichtungen sowie die Starkregenereignisse. Dadurch mussten Gruppen und ganze Einrichtungen in Provisorien verlagert werden. Reguläre Abläufe waren stark erschwert.

Zahlen im Kindergartenbereich ändern sich fortlaufend – Kindergärten ausgelastet

Kleiner verdeutlicht, dass die Zahlen lediglich statistischen Wert haben. Sie zeigten nur das Bild zum Stichtag 31. März. Insofern seien diese nicht als absolute Werte zu bewerten. Die freien Plätze bestünden lediglich auf dem Papier. Unterjährige Schwankungen, Personalmangel etc. führten zu reduzierten Platzzahlen. Die Kindergärten seien bis auf einzelne Plätze ausgelastet.

Bei den Ü-3 Kindergartenplätzen stünden demnach theoretisch 649 Plätze bereit, verfügbar seien 577 und belegt 538. Hinzu kämen noch die externen Kinder.

Bei den U-3 Kindergartenplätzen stünden rechnerisch 265 Plätze bereit, verfügbar seien 203 und belegt 153. 484 Kinder in KB U3 Jahren. Theoretisch wäre dies eine Betreuungsquote von 55 Prozent, tatsächlich betrag diese 60 Prozent. Es werden immer mehr Ü3 Plätze belegt- dadurch gebe es weniger U3 Plätze.

Die **Kinderzahlen** seien in den letzten 10 Jahren um ca. 3,2% im Schnitt gestiegen. Es gebe deutliche Schwankungen zwischen den Ortsteilen. Der Geburtenanstieg 2019 und 2021 führe zu einem höheren Bedarf in den folgenden Jahren (insbesondere ab 21/22/23). Mit 176 Geburten im Jahr 2021 sei die höchste Zahl seit 2009 erreicht worden.

Die **Zuschüsse** seien um 664 000 € von 2019 auf 2020 auf insgesamt 2,841 Millionen Euro gestiegen. Allerdings könnten die höheren Zuschüsse die Aufwendungen der Gemeinde kaum ausgleichen. Die Betriebskosten seien von 2016 bis 2020 um 32 Prozent geklettert. Die Betriebskosten werden wie folgt getragen: 12,9% Elternbeiträge, 3,7% sonst. Einnahmen der Kigas, 1% IK Kostenausgleich (Überschuss), 6,4% Träger/Kirchen und 76,2% Gemeinde und Land.

Elternbeiträge Kindergarten

Die Gemeinde strebe an, durch die Elternbeiträge 20% der Kosten zu decken. Städte- und Gemeindetag erarbeiten gemeinsam regelmäßig Vorschläge zur Höhe der Elternbeiträge (landeseinheitliche Empfehlungen). Je nach Kostensituation der Einrichtung kommen diese Empfehlungen dem angestrebten Deckungsgrad mehr oder weniger nahe. In 2019 sei der Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge um 0,9 % auf 17,5 % gestiegen. Ab 2020 habe sich dieser Trend durch die Corona Pandemie und die hohen Einnahmeausfälle massiv gedreht. Die Gemeinde habe 2020/2021 über 273 000 € an Einnahmeausfällen zu verzeichnen, der Kostendeckungsgrad sei um 4 % eingebrochen.

Kindergartenbeiträge in der Gemeinde Karlsbad

Die Betriebskostenzuschüsse der Gemeinde Karlsbad seien von 4,65 auf ca. 5,12 Mio € und damit um 11% gestiegen. Hauptgrund für die hohe Steigerung waren die aus der Corona-Situation resultierenden Mehrkosten (Hygiene, Testungen der Kinder und des Personals) und die Einnahmenausfälle aufgrund der Beitragserlässe. Die Gemeinde Karlsbad musste in 2020 ca. 275.000 € entgangener Elternbeiträge refinanzieren.

Der Deckungsbeitrag durch Elternbeiträge, also der Anteil der Betriebskosten, der über Elternbeiträge finanziert wird, sei auf knapp 13 % gesunken. Selbst wenn die Beitragsrückerstattungen durch die Corona Pandemie herausgerechnet werden, sei der Deckungsbeitrag von 17,5 auf knapp 17% gefallen. Damit habe sich dieser weiter von der Zielmarke 20 % entfernt. Eine Beitragserhöhung ist damit unumgänglich.

Gebühren für Kinder ab 3 Jahren (Ü3)

Obwohl die Erhöhung 2021 ausgesetzt wurde, sollte die Gemeinde Karlsbad sich in 2022 wieder an den Empfehlungen des Gemeindetages und der kirchlichen Spitzenverbände orientieren. Das bedeutet, dass sowohl die empfohlene Erhöhung für 2021 i.H.v. 1,9 % als auch die für 2022 i.H.v. 2,9 % nun in einem Schritt erfolgen müssen.

Gebühren für Kinder bis 3 Jahren (U3)

Im U3-Bereich liege die Gemeinde Karlsbad weiterhin deutlich unter den Empfehlungen des Gemeindetags. Für die VÖ-Betreuung 6,5 Std./Tag in der Krippe wird ein Beitragssatz i.H.v. 428 € empfohlen, in Karlsbad liege er bei Umsetzung der vorgeschlagenen Erhöhungen bei 325 €, also ca. ein Viertel darunter.

Kosten Mittagessen

Jede Einrichtung kalkuliert die Essensgebühren, die von den Eltern eingezogen werden, selbst, mit dem Ziel eine Kostendeckung zu erreichen. Die Gemeinde übernimmt dabei 1/3 der vorab genehmigten Kosten der für das Mittagessen zuständigen Hauswirtschaftskraft.

Entgelte für die Schulkindbetreuung 21/22

2021 konnten die Kosten der Schulkindbetreuung im regulären bzw. leicht reduzierten Rahmen gehalten werden. Gründe dafür waren Corona-Schließungen und teilweise gering in Anspruch genommene Notbetreuungsangebote. Hinzu kamen neu strukturierte Landeszuschüsse. Die Stunden- und Entgeltsätze vom letzten Schuljahr sollen daher beibehalten werden. Das Essensentgelt soll geringfügig erhöht werden, dies liege aber an den Preissteigerungen, die im Lebensmittelbereich allgemein derzeit massiv steigen.

Planungen:

Der **Evangelische Kindergarten in Spielberg** werde für 600.000 Euro saniert. Als Interimslösung gebe es eine Containeranlage und Ausweichgruppen im Evangelischen Gemeindehaus.

Der **St. Franziskus Kindergarten in Langensteinbach** sei durch den Starkregen schwer beschädigt. Er befinde sich im Rohbauzustand und die Sanierung dauert nach derzeitigem Kenntnisstand voraussichtlich bis Dezember 2022. Die Gruppen sind in Ausweichanlagen untergebracht: Container im Bereich Schulzentrum und in Räumen des Bibelheims.

Beim **Evangelischen Kindergarten in Mutschelbach** sei die Aufnahmekapazität für 22/23 und 23/24 aufgebraucht. Eine zeitlich befristete Interimslösung sei notwendig. Die aktuell hohe Nachfrage sei eine Ausnahme. Das Außengelände soll mit einer Containeranlage (Kosten ca. 90.000 Euro pro Jahr) genutzt werden. Angedacht sei hierfür ein Bereich im unteren Teil des Kindergartens. Damit könne den Familien ein ortsnahes Angebot gemacht werden. Erste Schritte in diese Richtung wurden bereits vorbereitet.

Bei der **Kita Die kleinen Strolche** soll ein Neubau in Zusammenarbeit mit einem Investor realisiert werden. Darin sollen 3 Gruppen mit 600 Quadratmeter Nutzfläche und 500 Quadratmeter Außenfläche unterkommen.

Für den **Pestalozzi-Kindergarten** plane man einen Neubau auf Flächen im Neubaugebiet Schaftrieb. Wie schnell dieses Projekt realisiert werden könne hänge vom weiteren Verlauf im Baugebiet ab.

Diskussion im Gemeinderat

Im Gemeinderat wird intensiv und kontrovers, insb. über die Gebühren diskutiert.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) sagt u.a., dass die Eltern hoch belastet seien. In der Gemeinde gebe es ein gutes Betreuungsangebot und einen entsprechenden Personalschlüssel. Angesichts massiver Investitionen und steigender Betriebskosten seien die vorgeschlagenen Erhöhungen moderat und vertretbar. Wenn die Gebühren nicht erhöht werden führe dies bei späteren Erhöhungen zu massiven oder man müsse darüber nachdenken die Standards zu senken.

GR Roland Rädle (CDU) sieht das Dilemma zwischen dem Fördern und Stützen der Eltern und den Kostensteigerungen sowie anderen Entwicklungen. Die Kommunen könnten nicht alles abpuffern. Ohne weitere Erhöhungen wird die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben weiter auseinandergehen. Er schlägt vor, den Deckungsgrad der Elternbeiträge auf einen Wert – beispielsweise 16 Prozent – festzulegen um nicht dauernd diskutieren zu müssen. Ansonsten fahre man mit dem System irgendwann gegen die Wand. Es bleibe nichts anderes übrig als die Beiträge zu erhöhen. Die vorgeschlagenen Sätze seien klein im Vergleich zu den zu erwartenden Steigerungen bei den Kosten.

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) sagt, dass der Gemeinderat immer die Elternbeiträge erhöht und darüber diskutiert habe. Dabei habe man immer Kostendeckungsbeiträge in der Nähe der empfohlenen Kostensätze gesucht. Eine Überlegung die Kindergärten kostenfrei zu stellen, wie es in anderen Bundeländern sei, resultiere in Kosten die an anderer Stelle wieder eingespart, oder bei der Allgemeinheit belastet würden. Es stelle sich hier generell die Sinnfrage- im Gegensatz zu Schulen sei ein Kindergartenbesuch keine Pflicht. Bisher empfehlen Städte- und Gemeindetag andere Modelle. Auch durch eigene Entscheidungen (höhere Standards, Trägerförderungen etc.) produziere man höhere Kosten. Die geplanten Erhöhungen seien vertretbar, ansonsten müsse man mit Sprüngen rechnen.

GR Reinhard Haas (SPD) sieht die Gemeinde ebenfalls im Dauerdilemma. Die Fraktion verstehe nicht, warum die Kommunen die von höherer Ebene gesetzten Standards ausführen müssen. KVJS, Bund etc. stellen teilweise Forderungen, die unlogisch bis absurd seien. Die SPD sei gegen eine Erhöhung, die Kosten für die Eltern müssten auch vertretbar bleiben. Die notwendigen Beiträge müssten woanders eingespart werden.

GR Björn Kornmüller (FDP / Liberale Liste) sagte u.a., dass die Kostenentwicklungen nachvollziehbar und die Gemeinde ein sehr gutes Angebot in diesem Bereich habe. Andererseits sei klar ersichtlich, dass der Elternbeitrag angestiegen sei. Ein Zielwert von 20 Prozent- der politisch bzw. über Verbände begründet werde- sei für ihn zu hoch. Man müsse sich fragen, welcher Zielwert angesetzt wird. Die Bildung werde in allen Bereichen teurer. Problematisch seien die gewaltigen Kostensteigerungen. Die Kinderbetreuung sei jedoch wichtig, daher lehne er die Erhöhung momentan ab.

GR Günter Denninger (CDU) sieht Mehrerlöse durch FAG Mittel die die Situation anders darstellten. Zudem fehle ihm die Kostenkalkulation für 2021 als Datengrundlage. Er beantrage, das Thema zu vertagen bis die Datengrundlage für 2021 vorliegt.

GRin Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) meint, dass für die Karlsbader Eltern wohnortnahe Betreuungsangebote wichtig sind. In der Gemeinde gebe es hier gute Standards. Sie könne mit dem familienfreundlichen Württemberger Modell mitgehen. Allerdings frage sie sich, warum die Gebühren immer steigen und die Familien immer mehr zahlen müssten. Sie sei hin- und hergerissen. Bei 20 Prozent Elternanteil sei die Schmerzgrenze erreicht.

Der Vorsitzende sagt, dass es aus seiner Sicht grundsätzlich gut sei, den Bereich mit dem Schulbereich gleich zu setzen. Das sei aber letztlich eine politische Entscheidung. Die Kosten steigen mit den höheren Standards, Betreuungsschlüsseln und mehr. Bei den Zuweisungen durch das Land bekämen die Kommunen durch die Vorwegentnahmen immer zu wenig Mittel. Wenn man ständig steigende Kosten vom Gremium tragen wolle ohne die Eltern mit zu belasten, dann werden andere Dinge nicht mehr finanzierbar und man muss dort Einschnitte vornehmen und Gelder einsparen. HAL Kleiner ergänzte, die Gemeinde bezuschusse über ihre Einnahmen einen durchschnittlichen Kindergartenplatz mit 7.500 Euro pro Jahr. Was zwar gerechtfertigt ist, aber eine immer weitere Finanzierung sei irgendwann nicht mehr leistbar. Es sei schwierig, über Beitragsfreiheit von Kindergärten zu diskutieren, solange dies nicht einheitlich geregelt und damit von allen getragen wird. Dies würde dann auch eine Pflicht zum Kindergartenbesuch seitens des Landes erfordern. Wenn man die steigenden Kosten wolle, dann müsse man irgendwo anders sparen- die Gemeinde und auch das Land können nur das verteilen, was man an anderer Stelle der Allgemeinheit belaste. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutert ergänzend, dass die höheren Landesmittel dieses Mal aus einer besonderen Situation resultierten. Zudem bekäme die Gemeinde die Zahlen von 2021 erst mit der Abrechnung in diesen Tagen. Der Betrieb für 2021 wird über Zwischenabschläge finanziert, und die endgültige Abrechnung nach dem Stichtag im März vorgelegt. Dies sei der normale Gang auf dem die Planungen in diesem Bereich basieren. Die Gemeinde trage einen Großteil der Kosten, und nach außen hin immer der Finanzier-Buhmann, der die Gebühren festsetze. Es gebe Wartelisten für Kinder, informiert er auf Nachfrage von GR Michael Nowotny (SPD).

GR Peter Kiesinger (CDU) votiert für einkommensabhängige Elterngebühren. Der Vorsitzende erläutert, dass die Gemeinde keine Handhabe habe, Einkommensnachweise zu fordern. Problematisch sei generell die subjektive Entscheidungsmöglichkeit beim Benennen der entsprechenden Einkommenszahlen.

Anträge an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Vorsitzende lässt über den Antrag auf Vertagung von GR Günter Denninger (CDU) abstimmen.

Abgelehnt: 25 Neinstimmen, 1 Jastimme, 1 Enthaltung

1. Die vorgestellten Bedarfs- und Maßnahmen sowie die Berichte zur Belegung und Finanzbeziehungen zur Kenntnis nehmen

   - **Einstimmig beschlossen -**

2. Der Festsetzung der Elternbeiträge gem. Anlage S. 21-24 zustimmen

   - **16 Jastimmen, 11 Neinstimmen, keine Enthaltung**

3. Den Entgelten für die Schulkindbetreuung zustimmen (S. 27/28)

   - **25 Jastimmen, 1 Neinstimme, 1 Enthaltung**

4. Den Betriebskostenabrechnungen inkl. Defizitübernahmen zustimmen

   - **27 Jastimmen**

5. Der Einrichtung und Erweiterung der Gruppen im Ev. Kindergarten Mutschelbach im Rahmen der übergangsweisen Errichtung für 2 Jahre einer erweiterten Containeranlage zustimmen

   - **27 Jastimmen**

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) bittet darum, dass in der nächsten Vorlage alternative Modelle vorgerechnet werden. Bürgermeister Jens Timm nahm dies ebenso wie den Vorschlag von GR Roland Rädle (CDU) auf und die Verwaltung wird sich hierüber Gedanken machen und falls möglich einen Vorschlag unterbreiten. Man wolle berichten wie vorgegangen werden soll.

zu 6 Beratung und Beschlussfassung der Spendeneinnahme im 1. Quartal 2022 Vorlage: 20/1288/2022

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Der Vorsitzende dankt den großzügigen Spender/innen im Namen der gesamten Gemeinde Karlsbad und der Spendenempfänger herzlich. Profitieren würden insbesondere der Ferienspaß, die Feuerwehr und der Forst.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt Geldspenden in Höhe von 5.980,00 €, sowie Sachspenden in Höhe von 6.267,17 € anzunehmen.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 7 Verschiedenes

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner informiert über anstehende Fahrbahnsanierungen im Sommer, die das Regierungspräsidium plane:

L 562 – Kreisel Schießhüttenäcker bis Ortseingang Untermutschelbach.

Danach L 563 Langensteinbach – Auerbach. Diese Maßnahme sei insgesamt aufgrund der notwendigen überörtliche Verkehrsführung für den Bereich nach/ aus Auerbach hinaus. Ein jeweils Ausbau mit teilweise lärmminderndem Belag im Bereich der Ortsdurchfahrten in Auerbach (Hailerstraße) bzw. Langensteinbach (Pforzheimer Straße) im Zuge der L 562 Sanierung sei seitens des Regierungspräsidiums geplant.

Der Vorsitzende ergänzt, dass in Ittersbach die Ortsdurchfahrt L 622 anstehe. Man sei mit dem Regierungspräsidium im Gespräch. Der Untergrund müsse noch analysiert werden. Die Maßnahme sei in die Planung des RP aufgenommen (Rang 14). Vorher werde aber sicher die Albtalstraße realisiert. GRin Heike Christmann (Freie Wähler) plädiert für aktuelle Verbesserungsmaßnahmen. Diese erfolgten unter Regie des Landkreises, so der Vorsitzende.
Auch der Wirtschafts-/Radweg im Albtal werde voraussichtlich auch bald verbessert.

Bei der Jagdvergabe in Auerbach gebe es – so Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt – jetzt zumindestens mal eine Lösung über vier Begehungsscheine. Diese seien für den Zeitraum vom 1.4.2022 bis 31.3.2023 ausgestellt. Ziel sei nach wie vor, die Jagd in Pachtform zu vergeben. Man bekomme jetzt Einnahmen pro Jagdwild, nachteilig sei, dass die Gemeinde für Wildschäden hafte.

Der Vorsitzende informiert über die fünf MontagsMacher-Termine im Mai.

Die Untersuchungsergebnisse zu der ehemaligen Mülldeponie und der Kreiserdaushubdeponie zeigten keinerlei Probleme. GR Michael Nowotny (SPD) möchte die Unterlagen digital eingestellt sehen. Der Vorsitzende bemerkt, dass er die Unterlagen beim Garten- und Umweltamt einsehen könne.

Der Vorsitzende sagt, dass die Freien Wähler einen Antrag (Anlage zum Protokoll) für eine Vollzeitstelle Social Media gestellt hätten. Dieser soll bei den Haushaltsberatungen behandelt werden. GRin Heidi Ochs (Freie Wähler) sagt u.a., dass es zunehmend mehr Bereiche gebe und es bedeutender werde, jemanden dafür einzusetzen. Frau Danese von der Wifö habe eigentlich andere Aufgaben und nicht das notwendige Zeitbudget um dies auszufüllen.

zu 8 Genehmigung von Protokollen

Es wird kein Protokoll vorgelegt.

zu 9 Fragen der Zuhörer

Keine.

gez. Jens Timm Vorsitzender	gez. Hans-Dieter Stößer Protokollführer/in
Gemeinderat Jürgen Herrmann Urkundsperson	Gemeinderat Reinhard Haas Urkundsperson
Gemeinderat Roland Rädle Urkundsperson	Gemeinderat Uwe Rohrer Urkundsperson